

Ernst - Albert Seils
Weltmachtstreben und Kampf für den Frieden – der deutsche Reichstag im Ersten Weltkrieg
Peter Lang Verlag, erschienen Januar 2011

Zusammenfassung des Inhalts

I. Teil Der deutsche Reichstag und der Ausbruch des Krieges:

Es werden zunächst einige für die Zusammensetzung des Reichstags notwendige Erklärungen gegeben: die Besonderheiten des Mehrheitswahlrechtes, die Praxis der Stichwahlen, die Formen der Parteiorganisation, der Kandidatenauswahl und der Parteifinanzierung, bezogen auf das Geschehen beim Wahlkampf von 1912. Verdeutlicht wird der Einfluß der Verbände auf die Kandidatenauswahl und die Programmatik der Parteien, die personelle Verflechtung zwischen Verbänden und Parteien. In diesem Rahmen werden im Überblick die 10 einflußreichsten Verbände nach Zielsetzung und strukturellen Gegebenheiten vorgestellt.

Es folgt eine Analyse der Zusammensetzung der einzelnen Fraktionen des Reichstags von 1912. Durch ihre Berufe und durch die Mitgliedschaft in Verbänden waren die Reichstagsabgeordneten in starkem Maße Vertreter bestimmter wirtschaftlicher Interessengruppen und Schichten der Gesellschaft. Die Fraktion der Sozialdemokraten setzte sich neben einer Anzahl von Rechtsanwälten überwiegend aus Parteifunktionären, Gewerkschaftsangestellten und Journalisten zusammen. Viele SPD-Abgeordneten waren Berufspolitiker und lebten von der finanziell gut ausgestatteten Partei. In Hinsicht auf die Vielfalt beruflicher Zusammensetzung, unterschiedlicher Lebensstellungen und Erwerbsformen wurde die Bevölkerung im Reichstag in keiner Weise repräsentiert.

Danach werden die außenpolitischen Ziele aller Reichstagsparteien dargestellt. In den konservativen und den bürgerlichen Parteien stand die Gefahr des Krieges im Mittelpunkt aller außenpolitischen Diskussionen. Die Leitmotive des Imperialismus waren für sie durchweg maßgeblich. Völkerverständigung wurde auch von den Linksliberalen nicht mehr nachdrücklich propagiert. Der Krieg wurde von 1911 bis 1914 zunehmend als unvermeidbar hingestellt. Beherrschend waren die Vorstellungen einer angeblichen Gefahr französischer Revanche, der Einkreisung, der Gedanke des deutschen Nachholbedarfs als Weltmacht. Die 1912 im Reichstag erreichte Dominanz der Sozialdemokraten wurde als Gefährdung der Macht der alten Eliten empfunden. Der Krieg schien auch Mittel zur Stabilisierung trauriger innerer Herrschaftsverhältnisse zu sein. Politische Ziele wurden von den Vereinen und Verbänden aufgestellt und aus ihnen heraus über die Medien verbreitet. Die Aufrüstung, Bereitstellung von Mitteln dafür trugen mit leichten Unterschieden alle konservativen und bürgerlichen Parteien mit.

Die Sozialdemokraten waren in beiden Flügeln, als Klassenkampfpartei und als Revisionisten, Vertreter sozialer Reformen für die Arbeiterschaft. Das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft als Endergebnis aller politischen Aktivitäten trat hinter pragmatischer Politik zurück. In der Außenpolitik war die Verständigung zwischen den Völkern, die Vermeidung kapitalistischer Kriege, ein vehemente Kampf gegen davon ausgehende Gefahren unumstößliches Dogma der Partei.

Die Reichstagsmehrheit war monarchistisch eingestellt. Auch die Fortschrittliche Volkspartei erstrebte keine parlamentarische Demokratie. Ihren Einfluß auf die Regierungspolitik machten die Parteien durch ihre Presseimperien geltend. Eine kurze Untersuchung der Zeitungslandschaft weist den überragenden Einfluß der Wirt-

schaftsverbände und der Parteien auf die öffentliche Meinung der Zeit, insbesondere auf die Einstellung bürgerlichen Schichten, nach.

Die Politiker an der Reichsspitze wurden durch die mediale Propagierung bestimmter politischer Leitvorstellungen und konkreter Ziele dazu gebracht, im Sinne der rechten und der bürgerlichen Parteien zu agieren. Der Präventivkrieg wurde bis hin zu liberalen Zeitungen nicht ausgeschlossen, teils für vertretbar gehalten. Zum Ausbruch des Krieges trugen u.a. Pressekampagnen über die russische Gefahr und strategische Pläne des Militärs in erheblichem Umfang bei.

Die Gedankenwelt des Kanzlers bei Kriegsausbruch, die sein Verhalten erklärt, wird mit Hilfe der Aufzeichnungen Riezlers noch einmal analysiert. Bethmann Hollweg war für Entspannungspolitik eingetreten, sah das drohende Verhängnis, aber er paßte sich bei der Vorbereitung des Krieges der Denkweise und den Forderungen der genannten Parteien und ihrer Presse, der Einstellung der Gesellschaftsschicht, der er zugehörte, an.

Die Manipulation der Bevölkerung zur Kriegsbegeisterung war überwiegend ein Werk der Massenpresse. Die Stimmung der Menschen entsprach dem offiziellen Bild nicht. In Wirklichkeit erlebten die meisten Menschen den Kriegsbeginn in einer Stimmung von Verzweiflung und Angst. Erklärt wird zum Teil dadurch der „Verrat der SPD“ an ihren Zielen. Die Auseinandersetzungen in der Partei Anfang August, die Gründe für die Zustimmung zu den Kriegskrediten werden untersucht. Herausgearbeitet wird die Position der Kriegsgegner um den SPD-Parteivorsitzenden Hugo Haase. Die Einstellung der Abgeordneten bei Kriegsbeginn, die bedenkenlose Unterstützung der Kriegspolitik der deutschen Regierung werden zu erklären versucht. Die Reichstagsitzung vom 4. August zeigte eine Kriegsbegeisterung von wilder Entschlossenheit, diesen erfolgreich Krieg zu führen, obwohl nachdenklichen Teilnehmer der Sitzungen Zweifel kamen, daß dies, da er gegen alle drei europäischen Großmächte geführte werden mußte, gelingen könnte.

In Teil II werden zunächst die expansiven **Kriegsziele der konservativen und bürgerlichen Parteien** bis zum Sommer 1917 differenziert beschrieben. Von der Kanalküste über Longwy-Briey, Beherrschung Belgiens, der Kanalküste und des Baltikums, Ausdehnung Deutschlands bis zur Narewlinie, Vertreibung der Polen aus dem „polnischen Grenzstreifen“, Kolonien in Mittelafrika, Kriegsentschädigungen, Zollgesetze: Mit leichten Unterschieden bestand hier zwischen Konservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum Einigkeit. Es gab gemäßigte Politiker und Parteiflügel mit abweichenden Positionen. Gespalten war die Fortschrittlich Volkspartei, teilweise maßvoller in den Zielen, unter dem Einfluß verständigungsbereiter Politiker und Gruppierungen. Auch die Einwirkungen von Verbänden und Professoreninitiativen werden dargestellt.

Die SPD wandelte sich in dieser Phase von der marxistischen Klassenkampfpartei zur Partei des nationalstaatsbezogenen Sozialismus. Abgeordnete paßten sich der Kriegszielpolitik der bürgerlichen Parteien in gewissem Umfang an. Forderungen nach Grenzerweiterungen für Deutschland, wenn auch begrenzt, wurden vertreten. Die Frage, ob der Krieg ein Eroberungskrieg sei, blieb umstritten und wurde auszuklammern versucht. Allen Kriegskreditvorlagen stimmte die Mehrheit zu. Die lebhafte Auseinandersetzungen und der komplizierte Prozeß der programmatischen Veränderungen werden im einzelnen dargestellt.

Eine innerparteiliche Oppositionsgruppe, geführt von dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Hugo Haase, weigerte sich seit 1915, Kriegskredite zu bewilligen. Die leidenschaftlich geführten Kämpfe führten zum Ausschluß der Kreditverweigerer aus der SPD-Fraktion und im Endeffekt notgedrungenen zur Gründung einer eigenen Par-

tei. Von der Opposition wurde aufgedeckt, was der Krieg war, ein Eroberungskrieg, um den Anspruch Deutschlands als führende Weltmacht zu verwirklichen.

Bethmann Hollweg übernahm in der Anfangsphase des Krieges weitgehend die Ziele der Kriegszielmehrheit, ebenso die Oberste Heeresleitung, die sie offensiv vertrat. Ende 1916 begann der Kanzler sich davon zu distanzieren.

Der Reichstag verstärkte seine Einflußnahme auf die Kriegspolitik ununterbrochen, auch gegen das Verfassungsrecht. 1916 wurde aus dem Haushaltsausschuß ein außenpolitischer Ausschuß. Unter Einwirkungen der Parteien auf die Kriegspolitik der Regierung, vom rechten Lager bis zum Zentrum, unter starkem Druck der Industrieverbände wurde Deutschland gegen den Willen des Kanzlers in den uneingeschränkten U-Bootkrieg und damit in das Verhängnis der Kriegsniederlage gedrängt. Nach der Revolution in Rußland im März und dem Eintritt der USA in den Krieg erreichte die Schärfe der Auseinandersetzungen über die Kriegsziele eine neue Dimension.

Teil III. Bild des Krieges: Nachdem der Stellungskrieg bei Verdun und bei den Durchbruchsversuchen der feindlichen Armeen an der Somme zu einer ausweglosen Lage geführt hatte, wurde dennoch seit dem Frühjahr in den blutigen Schlachten bei Arras, in der Campagne und in Flandern weiter die Entscheidung gesucht. Wie der grausame und brutale Krieg wirklich war, wird mit einer Darstellung des Frontgeschehens und mit Zeugenberichten genau aufzuzeigen versucht. Zum Bild gehört eine Beschreibung der Einstellung der Soldaten zum Krieg, des Verhältnisses zu den Offizieren, des seelischen Leidens, der psychischen Störungen der Frontsoldaten. Schwerpunkt ist der Stellungskrieg im Westen.

Beschrieben wird dann ausführlich das Leben der hungernden Menschen in den deutschen Städten, die Ernährungskatastrophe, der Wertverfall des Geldes, die erbärmliche Lebenssituation der Kriegshinterbliebenen, der Arbeiterschaft und weiter Teile des Mittelstandes.

Der Krieg fand im Sommer 1917 in der breiten Masse der Bevölkerung keine Zustimmung mehr. Sie forderte einen sofortigen Friedensschluß ohne Bedingungen. Im Innern regte sich der Widerstand. Es gab erste Streiks, Flugblattaktionen gegen den Krieg, Geheimversammlungen von Kriegsgegnern und offene Protestaktionen in den Städten. Sie wurden mit Hilfe des Belagerungsrechtes brutal unterdrückt.

In **Teil IV** geht es um die **Entstehung, Formulierung und Verabschiedung der Friedensresolution des deutschen Reichstags vom 19. Juli 1917, die Beschreibung ihrer Auswirkungen auf den Krieg**. Darin wird das Kernstück einer Untersuchung über die Politik des deutschen Reichstags im 1. Weltkrieg gesehen. Im Zusammenhang mit dieser Entschließung fiel die Entscheidung, ob der Krieg fortgesetzt werden sollte oder ob ein Verständigungsfrieden geschlossen werden sollte. Ferner wurde im Zusammenhang mit der Friedensresolution Kanzler Bethmann Hollweg gestürzt.

Die bisherige Geschichtsforschung hat hier unterschiedliche, teils gegensätzliche Erklärungen und Bewertungen formuliert. Die einzelnen Positionen werden in einem Überblick bestimmt. Ende Juni kam es zum Aufstand der Parteibasis der SPD. Deren Fraktion konnte nicht mehr so weitermachen wie bisher. Bethmann Hollweg begann im Gespräch mit dem Abgesandten des Papstes, Nuntius Pacelli, Friedensführer auszustrecken. Er suchte nach einem Weg, einen Verständigungsfrieden zu schließen, da der Krieg nach seiner Meinung nicht mehr zu gewinnen war. Dafür wollte er die Unterstützung der Sozialdemokraten und der Fortschrittlichen Volkspartei gewinnen.

Die Friedensresolution war in erster Linie das Mittel der Kriegszielmehrheit, in Zusammenarbeit mit der Obersten Heeresleitung, die SPD bei der Stange zu halten, die Kreditbewilligung weiter zu sichern und den friedenswilligen Kanzler zu beseitigen. Der umtriebige Zentrumspolitiker Erzberger trat plötzlich als Protagonist eines Verständigungsfriedens hervor. Er brachte seine Partei, die Liberalen und die SPD im Interfraktionellen Ausschuß an einen Tisch. Formuliert wurde ein Text, der die Friedensbereitschaft Deutschlands betonte, aber alle brisanten Fragen aussparte, der Annexionen nicht ausschloß, in dem der Anspruch auf „Entwicklungsfreiheit“ für Deutschland weiterhin erhoben wurde. Die Bevölkerung wurde aufgerufen zur Einigkeit und zum Durchhalten bis zum Endsieg.

Erzberger erreichte, daß seine Fraktion sich hinter die Resolution stellte. Mit dem von einer Reichstagsmehrheit unterstützten sogenannten Friedensprogramm konnte er den Sozialdemokraten helfen, ihre Kritiker zu beschwichtigen. Dafür mußte die SPD-Fraktion sich verpflichten, den Krediten weiterhin zuzustimmen und Kanzler Bethmann Hollweg die Unterstützung zu versagen.

Bethmann Hollweg hätte seine Absicht, zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen, lieber auf diplomatischem Wege zu erreichen versucht. Dem Kaiser konnte man klarmachen, nach einer entsprechenden Pressekampagne, daß die Reichstagsparteien in ihrer überwiegenden Mehrheit einen Kanzlerwechsel wünschten. Unter dem zusätzlichen Druck Hindenburghs und Ludendorffs trat Bethmann Hollweg, nachdem er auch von den Sozialdemokraten nicht mehr unterstützt wurde, zurück.

Zuvor hatten im Hintergrund agierende Berater Ludendorffs einen neuen Kanzlerkandidaten aufgebaut und dem Kaiser angedient. Michaelis schien, gerade weil er keine Erfahrung hatte und in Hinsicht auf die Außenpolitik ein unbeschriebenes Blatt war, auch wegen seiner konservativen Einstellung der richtige Mann für die Weiterführung des Eroberungskrieges zu sein. An den Zielen der Kriegszielmehrheit aus Konservativen, dem Zentrum, der Nationalliberalen und einer Anzahl von Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei wurden keine Abstriche gemacht. Dem stand, so wie sie formuliert war, die Resolution nicht im Weg. Die in der Reichstagssitzung vom 19. Juli eingebrachte Friedensresolution der USPD wurde ohne weiteres vom Tisch gewischt.

Die Verabschiedung der Friedensresolution rief eine dramatische Verstärkung der Gegensätze in der deutschen Bevölkerung hervor. Haases Kritik an der Friedensresolution in der Reichstagsrede vom 19. Juli hatte auf protestbereite Wilhelmshavener Matrosen gewaltigen Eindruck gemacht. Folgen waren die Matrosenmeuterei vom Sommer 1917, drakonische Strafmaßnahmen gegen die Anführer, „Justizmorde“ an den Matrosen Köbis und Reichspietsch.

Die Resolution war auch der Anlaß zur Gründung der Vaterlandspartei. Dahinter standen das Militär, industrielle Interessenverbände und das konservative Bürgertum. Dieser Propagandaverein für Deutschlands Weltmachtstellung vergiftete mit seiner aggressiven Werbung die öffentliche Meinung, spornte aber auch die Kriegsgegner zu neuen Aktivitäten an.

Die Friedensresolution fiel im englischen Unterhaus, auf dem Hintergrund der in Großbritannien von vielen Verbänden getragenen Friedensbereitschaft, auf günstigen Boden. Lloyd George reagierte und war bei einer Erklärung über die Freigabe Belgiens bereit, den Verständigungsgedanken aufzunehmen. Dahinter stellte sich Papst Benedikt XV. Er forderte in einem Brief und bei Verhandlungen mit Michaelis eine klare Zusage über die Freigabe Belgiens. Michaelis und der neue Außenstaatssekretär v. Kühnmann lehnten das ab. Belgien sollte „Faustpfand“ bleiben. Sie wiesen, unterstützt von den Parteien der Kriegszielmehrheit, in ihrem Antwortbrief an den Papst auf die Friedensresolution hin. Diese diente jetzt zur Verschleierung der

deutschen Position. Die Chance, einen Verständigungsfrieden zu erlangen, als Deutschland den Krieg nicht mehr gewinnen konnte und England dafür offen war, wurde nicht genutzt.

V. Teil Der Eroberungskrieg geht weiter, Kriegsziele werden realisiert, der Widerstand formiert sich stärker. Durch die Erfolge an der Ostfront im Herbst 1917 beflügelt, wurde die Kriegszielpolitik weitergeführt. Die Forderungen der Kriegszielmehrheit, von den Konservativen bis zur Fortschrittlichen Volkspartei, wurden im Osten umzusetzen versucht. Kurland und Litauen befanden sich schnell im Griff der Militärverwaltung Oberost, wurden rücksichtslos ausgeplündert und brutal unterdrückt. Es wurde damit begonnen, die Weichen für eine Angliederung an das Deutsche Reich zu stellen. Durch Berufung von Landesvertretungen, nach deutschen Wünschen zusammengesetzt, sollte der Schein gewahrt werden, das geschähe mit Zustimmung der Bevölkerung.

Als Michaelis die USPD verbieten lassen wollte, gelang ihr unter Mithilfe der SPD der Sturz des Kanzlers Michaelis. Seine Unfähigkeit, das Amt zu führen, war längst offenbar geworden.

Für die Berufung eines Nachfolgers setzten jetzt die Parteien ein Mitwirkungsrecht durch. Eine Reichstagsmehrheit aus Konservativen, Nationalliberalen und Zentrum ging daran, in komplizierten Verhandlungen, den Kaiser dazu zu bringen, den 74jährigen bayrischen Ministerpräsidenten Hertling an die Spitze der Reichsregierung zu stellen.

Was diese Parteien dabei leitete, war, daß der konservative Zentrumspolitiker hinter ihren Kriegszielen stand. Für seine Außenpolitik wurde er auf den Antwortbrief Michaelis' an den Papst festgelegt. Darin war der Hinweis enthalten, daß die Friedensresolution Richtlinien für die Kriegszielpolitik bleiben sollte. Auf diese Weise konnte man die SPD dazu bringen, sich mit Hertling als Kanzler abzufinden. Um deren Zustimmung zu den Krediten weiter zu erreichen, wurde der Liberale Payer in einem zusammengeschusterten Kabinett zum Vizekanzler ernannt.

Graf Hertling, eine, erfahrene Politikerpersönlichkeit, war fast blind, verfügte durch sein Alter und körperliche Gebrechen über keine Kondition für das Amt in schwierigster Zeit. Gerade deswegen war er dem Militär genehm.

Nach der Oktoberrevolution in Rußland und bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk schien es, als habe man nun für die Verwirklichung eines Teiles der erstrebten Kriegsziele freie Bahn. Es mußte der Anschein aufrecht erhalten werden, daß gemäß der Friedensresolution „keine gewaltigen Annexionen“ vorgenommen würden.

In den Verhandlungen mit Trotzki behauptete Kühlmann, um diesem Grundsatz Genüge zu tun, es werde das Selbstbestimmungsrecht angewandt. Nicht demokratische Wahlen waren aber als Legitimation für Zustimmungsakte vorgesehen, sondern durch Manipulation zusammengesetzte Körperschaften, die Landesräte. Von den Parteien, außer der SPD und der USPD, wurde Kühlmanns Politik weitgehend akzeptiert. Erzberger erklärte, der geplante Vertrag sei mit der Friedensresolution vereinbar. Der russische Verhandlungspartner lehnte die scheindemokratische Zustimmung der Bevölkerung ehemals russischer Ostseeländer, die sie freigeben wollte, ab. Der Krieg im Osten konnte weitergehen, um auch Estland und Livland unter deutsche Kontrolle zu bringen.

Unter Leitung der USPD wurde, um einen Friedensschluß dieser Art zu verhindern, der gewaltige Januarstreik organisiert. Haase, Ledebour, Dr. Cohn, Dr. Herzfeld, Bernstein wiesen auf die Freiheitsbeschränkungen der Bevölkerung in den eroberten Ländern und im Inneren Deutschlands hin. Der Januarstreik zeigte, wie groß inzwi-

schen die Friedenssehnsucht in Deutschland war. Da die USPD stets legal handeln wollte, lediglich auf einen Wandel in der Überzeugung hinarbeitete, wurde der Streik abgebrochen. Es folgten schwere Repressalien gegenüber denen, die daran beteiligt waren.

Nach dem Blitzkrieg gegen Rußland, dessen Zusammenbruch, wurde der Frieden im Osten den Annexionsbestrebungen der Reichsregierung entsprechend diktirt. Die Analyse der Reichstagsdebatten zeigt, daß der deutsche Reichstag mit dem Erreichten, der in Aussicht genommenen Inbesitznahme des gesamten Baltikums und Litauens, weitgehend einverstanden war. Ein Teil der Sozialdemokraten war bereit zuzustimmen. Um den Konsens in der Fraktion nicht zu gefährden, einigte man sich auf Stimmenthaltung.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten prangerten den Frieden von Brest-Litowsk als Gewaltfrieden an. Das hinderte die deutsche Regierung nicht, unter dem Vorwand eines Freundschaftsabkommens mit einer ukrainischen Regierung, die das Volk nicht hinter sich hatte, den Krieg noch auszuweiten und in die Ukraine einzumarschieren. Der Versuch, dort Nahrungsmittel und Rohstoffe für Deutschland zu requirieren, endete mit einem Desaster.

Teil VI Kriegszielpolitik der Regierung und des Reichstags in der Agonie des deutschen Kaiserreiches: Als danach im Frühjahr 1918 die Großoffensive im Westen erste Erfolge zeigte, glaubten die Parteien der Kriegszielmehrheit, daß der Endsieg jetzt erreichbar sei. Immer noch gegebene Verständigungsmöglichkeiten mit den Westmächten wurden nicht genutzt. Das kompromißlose Festhalten an den Eroberungszielen bis zuletzt manifestierte sich insbesondere in der Beseitigung Außenstaatssekretärs v. Kühlmann, der den Krieg in letzter Minuten mit einem Verständigungsfrieden beenden wollte.

Zu den führenden Kritiker des Eroberungskrieges gehörten sozialdemokratische Intellektuelle jüdischer Religionszugehörigkeit: Haase, Bernstein, Dr. Cohn, Dr. Herzfeld, Stadthagen und Wurm. Der Haß gegen sie trat jetzt in antisemitischen Ausfällen deutlicher hervor als bisher. Dem Starrsinn der Kriegszielmehrheit des Reichstags werden die Leiden der Soldaten und der Bevölkerung in der von vornherein aussichtslosen, mörderischen und verlustreichen Schlußphase des Krieges gegenübergestellt.

Als die Oberste Heeresleitung nach langem Zögern den Krieg endlich für aussichtslos erklärt hatte, nach dem Rücktritt Hertlings, unternahmen die Mehrheitsparteien, die weiterhin im Interfraktionellen Ausschuß zusammengearbeitet hatten, den Versuch, „noch zu retten, was zu retten war“. Den Weg zur Mitarbeit in der Regierung machten jetzt Ludendorff und der Kaiser frei. Die Generäle unterstützten eine solche in der Absicht, sich der Verantwortung für die Niederlage zu entziehen.

Prinz Max von Baden, der sich als Kanzler selbst anbot, von den Liberalen protegiert wurde, blieb nichts übrig, als den Konkurs abzuwickeln. Er war ein Konservativer, der sich ein liberales Image zugelegt hatte, wirr in seinen Ideen und unfähig, einen Regierungsapparat zu führen. Als außenpolitisches Programm für die Mitarbeit in seiner Regierung wurde von den Mehrheitsparteien die Entschließung vom 19. Juli 1917 wieder hervorgeholt. Sie schien jetzt ein Mittel zu sein, glimpflich aus dem Krieg herauskommen. Nicht zu erschüttern war die Illusion, Deutschland werde bei einem Friedensschluß durch die Vermittlung des amerikanischen Präsidenten, dessen 14 Punkteprogramm nun akzeptiert wurde, in seinen alten Grenzen bestehen bleiben. Ein Krisenmanagement gab es nicht. Wilson, auf dessen Vermittlung man setzte, wurde mit Drohungen, weiter Widerstand zu leisten, durch die Fortsetzung des U-Bootkriegs brüskiert. Daß Deutschland vor dem Bankrott stand, ging in die Köpfe

konservativer, bürgerlicher und einiger sozialdemokratischer Reichstagsmitglieder nicht hinein. Alle Hoffnungen, man könnte, Gebietsabtretungen vermeiden, zerstoben, als Polen, Elsaß-Lothringer und Dänen im Reichstag ihr Ausscheiden aus dem Reich ankündigten und Gebietsansprüche erhoben.

Die Mehrheitsparteien, Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei und SPD, deren Vertreter in Max von Badens Regierung eingetreten waren, hatten demokratische Reformen versprochen. Aber sie waren bestrebt, die Monarchie in gewandelter Form zu retten. Erst als Wilson unnachgiebig darauf bestand, den Kaiser völlig zu entmachten, wurde das schließlich geändert. Deutschland wurde auf Druck von außen, wenige Tage vor Beginn der Revolution, parlamentarische Monarchie. Angesichts des trostlosen Zustandes der deutschen Armee und der sich entwickelnden revolutionären Bewegung mußte die Regierung den von Wilson angebotenen Waffenstillstand am Ende ohne Bedingung akzeptieren.

Teil VII Der Umsturz in Deutschland. Ein Versuch von SPD und USPD, die Weichen für einen gesicherten demokratischen Neuanfang zu stellen, scheitert.

Die Regierung Max von Baden ließ die angekündigte Meinungs- und Versammlungsfreiheit nur zögernd zu. Gegen die Ankündigungen, mit einer letzten militärischen Kraftanstrengung eine bedingungslose Kapitulation noch abwenden zu wollen, richtete sich der Aufstand der total kriegsmüden deutschen Bevölkerung. Die USPD agitierte jetzt offen für die Revolution. Die zugkräftigen Forderungen waren die nach einem sofortigen bedingungslosen Frieden, nach dem Sturz der Hohenzollern und aller anderen Fürsten, der Abschaffung der Monarchie, der Umwandlung Deutschlands in eine demokratische Republik. Gewalt wurde stets abgelehnt.

Wie die Revolution vor sich ging, weitgehend gewaltfrei, meist auch schnell im Konsens mit den Sozialdemokraten, einem schnellen Zurückweichen der bisherigen Regierungen, einer sofortigen Ausstrahlung gelungener Aktionen auf ganz Deutschland, wird an den Beispielen ihres Ablaufes in München, Stuttgart, Hamburg und Kiel gezeigt. In Berlin wurde der Umsturz durch sorgfältige Vorbereitung bewaffneter linker Revolutionäre erzwungen. Als der Erfolg sichtbar wurde, trat die SPD aus der Regierungskoalition aus. Da der Kaiser von der Macht nicht weichen wollte, hielten Max von Baden und seine Berater, um die Monarchie zu erhalten, Deutschland „vor dem Bolschewismus zu retten“, einen Bruch der Verfassung für „legitim“. Sie verkündeten eigenmächtig den Rücktritt des Kaisers und eine Übergabe der Amtsgeschäfte des Reichskanzlers an Ebert: Dieser nahm das ihm rechtswidrig angediente Reichskanzleramt an und manövrierte damit sich und seine Partei in eine aussichtsreiche Position für die Übernahme der Macht in der Zeit nach der Revolution.

Im letzten Kapitel wird zunächst durch knappe Schilderungen wichtiger Begebenheiten „das Trümmerfeld“ beschrieben, das Regierung und Reichstag nach dem militärischen Zusammenbruch hinterließen. Dazu gehörte die Flucht des Kaisers, den Holland mit Beschimpfungen empfing. Auch der Kanzler hatte sich aus dem Staub gemacht. Als der Waffenstillstandsvertrag im noch amtierenden Kabinett, vorlag, wurde das ratlose, entsetzte Schweigen als Zustimmung genommen für das, was Erzberger im Wald von Compiègne unter Protesten vollzog, eine Annahme der Waffenstillstandsbedingungen, die bedingungslose Kapitulation.

Das Zusammenspiel der SPD mit der kaiserlichen Regierung rief bei Anhängern der USPD Empörung hervor. Die Linke Liebknechts, die den Rätestaat verwirklichen wollte, wurde, da sich nun viele ihr anschlossen, jetzt zu einer wachsenden, wirksamen politischen Kraft. Es gelang, im revolutionären Chaos des 9. und 10. November, nach dem Aufstand der linken Revolutionäre im Zirkus Busch, in Berlin eine arbeitsfähige Übergangsregierung zu bilden. Der USPD-Vorsitzende Haase sicherte Ebert

das führende Amt, und beide wollten durch Zusammenarbeit mit bisherigen Regierungsmitarbeitern eine funktionierende Verwaltung etablieren.

Das Programm, das sie entwarfen, die Verteilung von Ämtern und Aufgaben für Reformen, die ins Auge gefaßt waren, ließen sich als sinnvolle Kompromisse zwischen den Forderungen der gegensätzlichen sozialistischen Kräfte verstehen. Da Militär, Polizei und der Verwaltungsapparat sich dem Rat der Volksbeauftragten unterstellt, schien es möglich, die weitere politische Entwicklung in geordneten Bahnen zu vollziehen

Das Verfassungskonstrukt des Rates der Volksbeauftragten, Zusammenwirken der beiden sozialdemokratischen Parteien mit Fachleuten der kaiserlichen Regierung, zur Bewältigung andringender Aufgaben, überdeckte nur mühsam das gewaltige Konfliktpotential, das zwischen allen an der Übergangsregierung Beteiligten enthalten war. Die in ihr tätigen Politiker und Beamten waren jedoch verantwortungsbewußte, klar denkende Männer, zeigten Engagement, Sachverstand und Kompromißbereitschaft. Die wichtigsten Probleme im krisengeschüttelten Deutschland wurden angepackt, man brachte sinnvolle Übergangslösungen auf den Weg. Gegenüber dem Berliner Vollzugsrat, in dem Sozialdemokraten und linke Revolutionäre um bestimmenden Einfluß kämpften, behauptete die Revolutionsregierung das Recht der Legislative und Exekutive und sicherten damit ihre Macht. Wegen ihrer Umsicht und Tatkraft, nach dem Beschuß, sich Forderungen nach schnellen Wahlen zu einem demokratisch gewählten neuen Parlament zu beugen, erlangte die Regierung Ebert-Haase die Anerkennung konservativer Kräfte und der bürgerlichen Parteien. Reformen, wie die Sozialisierung von Betrieben, Veränderungen im nicht demokratisch eingestellten Beamtenapparat, wurden zurückgestellt.

Während hier zukunftsweisende Arbeit geleistet wurde, gerieten linksradikale Befürworter des Rätestaates, angeführt von Liebknecht und Rosa Luxemburg, mit reaktionären Kräften des Militärs schnell in Konflikt. Deren Anhänger betrachteten sich von den opportunistischen Sozialdemokraten an die Seite gedrängt, verlangten den sofortigen Beginn einer Vergesellschaftung von Betrieben und Bestrafung der Kriegsverbrecher. Hier wurden utopische Verfassungsmodelle entworfen, die nicht praktikabel und die nicht durchsetzbar waren. Man drohte bei zahlreichen Demonstrationen den Gegnern mit Anwendung von Gewalt.

Von Angehörigen der Armee wurde das Einvernehmen in der Regierung zu zerstören, die USPD auszuschalten versucht. Die frustrierten, aggressiven Offiziere ohne Zukunft wollten weiterkämpfen gegen den inneren Feind. Nach undurchsichtigen Putschversuchen, als Ebert die Übertragung der alleinigen Macht angedient wurde, die Linke sich bedroht fühlte von der Gegenrevolution, begann in Berlin der blutige Straßenkampf.

Der gesamtdeutsche Arbeiter- und Soldatenrat, der ab 16. Dezember in Berlin tagte, bestätigte die bisherige Politik der Regierung Ebert-Haase. Die Wahlen zur Nationalversammlung wurden auf den 19. Januar vorverlegt. Als ein Zentralrat, der die Regierung überwachen sollte, Kompetenz zur Gesetzgebung nicht erhielt, traten die Vertreter der USPD zur Wahl nicht an. In den lärmenden Tumulten während der Beratungen trat der unversöhnliche Hass zwischen rechten und linken sozialistischen Reformkräften in dramatischen Szenen hervor.

Fehrenbach unternahm Anstrengungen, den Reichstag noch einmal zusammenzurufen, um den Reichstagsparteien bei der Neuordnung Deutschlands Einfluß zu verschaffen. Seine Bestrebungen nahm niemand wirklich ernst. Als der gesamtdeutsche Rätekongreß den Auflösungsbeschuß des Rates der Volksbeauftragten bestätigte und erklärte, diese Versuche seien ein Verrat am gemeinsamen Vaterland, gab es nirgends Widerspruch.

Aber der Kongreß faßte wichtige, zukunftsweisende Beschlüsse. Mit der Sozialisierung der Grundstoffindustrie sollte sofort begonnen werden. Unter anderem sollten Offiziere durch ihnen unterstehenden Truppeneinheiten gewählt werden und auf Rangabzeichen verzichten. Es ging darum, ein Volksheer zu schaffen, Eliten des kaiserlichen Deutschland zu entmachten und Voraussetzungen für einen demokratischen Neuanfang zu schaffen.

Um das zu verhindern gelang es der Obersten Heeresleitung, den Rat der Volksbeauftragten zu spalten und das Ausscheiden der USPD-Mitglieder herbeizuführen. Anlaß war der Einsatz von Truppen gegen die zum Schutz der Regierung im Marstall des Schlosses untergebrachte Volksmarinedivision. Ebert, Scheidemann und Landsberg ließen sich von der OHL überreden, mit Gewalt gegen sie vorzugehen. Als die Kämpfe zwischen Armeeeinheiten und Matrosen in einem Blutbad mit vielen Toten endete und die SPD-Mitglieder im Rat sich weigerten zuzugeben, daß dies ohne vertretbaren Grund geschehen war, und vom Zentralrat gestützt wurden, traten Haase, Dittmann und Barth aus der Regierung aus. Von den Sozialdemokraten wurde kein Wert darauf gelegt, daß es zu strukturellen Reformen vor den Wahlen kam. Die vollständige Zerrüttung des sozialen Gefüges in Deutschland war sichtbar geworden. Im Trümmerfeld, das der Krieg hinterlassen hatte, war das ein Ergebnis, das mehr als alle materiellen Belastungen Folgen nach sich zog.